

**Gegenstand: Verkehrssicherheit in der Gilgenstraße;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.03.2017
[Vorlage: 2378/2017](#)**

Frau Seiler stellt gemeinsam mit dem Leiter der Straßenverkehrsbehörde, Herrn Rudingsdorfer, die Beamer-Präsentation zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Es erfolgt die weitere Information, dass auf der westlichen Seite der Gilgenstraße mittlerweile weitere Poller und das Dialog-Display zur Geschwindigkeitsanzeige aufgestellt wurden.

Herr Brandenburger bittet zu prüfen, ob die Bushaltestelle auf der westlichen Seite (Flaming Star) beseitigt und auf der östliche Seite ebenfalls Poller aufgestellt werden könnten. Er regt hierzu auch eine gemeinsame Sitzung des Bau- und Planungsausschusses mit dem Verkehrsausschuss zum Umbau des Postplatzes an.

Herr Zander berichtet über die Historie des Postplatzes, der Bahnhof- und Gilgenstraße und weist auf die gutachterliche Erhebung hierzu im VEP hin. Alle Optionen ob Voll- oder Teilspernung seien schlüssig geprüft, der VEP sieht eine Überplanung des Postplatzes vor. Es müsse eine politische Entscheidung über die verkehrsplanerische Zielsetzung angestoßen werden. Die Bushaltestelle auf der östlichen Seite könne in den Postplatz verlagert werden, was jedoch im Widerspruch zu der damaligen Beschlussfassung im Stadtrat zur Linienvergabe des ÖPNV's stehen würde (keine Umfahrung des Postplatzes).

Herr Lehr weist darauf hin, dass die Fahrrichtung von Süd nach Nord grenzwertig sei und man prüfen solle in Höhe der Sparda-Bank anstatt Poller Fahrradanhänger aufzustellen.

Herr Czerny möchte keine Durchgangsverkehre mehr auf dem Postplatz auch wegen der damit verbundenen Lärmproblematik. Auch er befürwortet die Aufstellung von Fahrradanhänger vor der Sparda-Bank. Er spricht sich gegen eine Verlegung der Bushaltestelle in der Gilgenstraße aus.

Frau Seiler bestätigt, dass das Mobilitätsverhalten ohne Grenzen große Probleme aufwirft und hier Umdenkungsprozesse in der Gesellschaft erfolgen müssen. Jedoch müsse auch berücksichtigt werden, dass durch die Herausnahme einzelner Straßenzüge deutliche Verlagerungseffekte stattfinden werden. Der Verkehrsentwicklungsplan gibt hierzu eine aufschlussreiche Dokumentation.

Herr Dr. Moser lehnt die Aufstellung von Pollern ab, da es stadtgestalterisch nicht gutaussehend und setzt auf verstärkte Kontrollen durch die Überwachungskräfte. Auch er wünscht sich die Beseitigung der Bushaltestelle.

Frau Seiler betont, dass eine intensivierete Überwachung auch eine Erhöhung des Personalbestandes nach sich ziehen muss und bittet hierzu um Unterstützung bei der Stellenplanbedarfsanmeldung.

Herr Dr. Lorenz findet die Verkehrssituation in diesem Bereich völlig unbefriedigend, jedoch sei ein geeigneter Lösungsansatz sehr komplex. Es sei jedoch auch im gesamten Stadtgebiet festzustellen, dass durch die Haltepunkte des Busses Behinderungen des fließenden Verkehrs entstehen. Als minimaler Ansatz könne er sich jedoch auch in der Gilgenstraße die Aufstellung zusätzlicher Poller vorstellen.

Herr Zimmermann appelliert an die Durchführung verstärkter Kontrollen über ein Vormittagsprogramm über mehrere Wochen mit durchgängiger Präsenz des Überwachungspersonals.

Herr Rudingsdorfer erläutert aus der Praxis, dass eine häufige Präsenz nur den Effekt hat, dass die Uniformträger gesehen werden und dann kein Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer mehr feststellbar sein.

Frau Seiler wünscht sich die Berücksichtigung von Kundenparkplätzen bereits im Planungsstadium bei der Ansiedlung von Gewerbeunternehmen. Nur so könne negativen Auswirkungen begegnet werden.

Herr Neugebauer weist auf die negativen Auswirkungen für den Einzelhandel hin. Auch er könne sich eine Einbahnrichtung von Süd nach Nord vorstellen. Er kritisiert die Gesamtstellplatzkonstellation in der Innenstadt und schlägt den Bau eines Parkhauses in der Löffelgasse vor.

Herr Czerny wünscht sich eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung der Bürgerschaft und des Einzelhandels, wenn eine Einbahnstraße eingeführt werden soll. Des Weiteren möchte er wissen, ob es einen Stellplatznachweis für die Sparda-Bank gibt und wo sich diese befinden.

Frau Seiler sagt die Prüfung der Stellplatzfrage zu. Auf Rückfrage bei der zuständigen Abteilung Bauaufsicht wurde von dort mitgeteilt, dass der notwendige Stellplatznachweis für die Sparda Bank im Hof nachgewiesen worden sei. Dieser wurde dann irgendwann mittels einer Schrankenanlage versehen, welche aber bei Anforderung durch Kunden, von Mitarbeitern der Sparda Bank, geöffnet worden sei. Nach aktuellem Stand wäre aber auch die Schranke nicht mehr vorhanden.

Herr Dr. Moser empfindet die vorgelegten Zahlen an Beanstandungen auf das Jahr gerechnet als gering und bleibt bei seinem Wunsch nach mehr Kontrollen. Er wünscht sich einen Prioritätenplan für den ruhenden Verkehr mit Schwerpunkt Postplatz. Eine große Lösung könne nur über politische Zielvorgaben erfolgen, weshalb jetzt kleinteilige „Ansätze“ unterbleiben sollten.

Herr Hepper spricht sich für die Aufstellung von Pollern aus und kündigt eine Aktion vor Ort an.

Herr Brandenburger wünscht sich ebenfalls eine große politische Lösung gegebenenfalls mit Bildung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Bau- und Planungsausschuss und des Verkehrsausschusses.

Herr Lindacher schlägt die Öffnung des Hinterhofes der Sparda-Bank vor. Das Areal sei derzeit mit einer Schranke gesichert und dort parken die Mitarbeiter. Er könne sich vorstellen, dass die Mitarbeiter zu Sonderkonditionen im Parkhaus in der Mühlturnstraße parken und der Hof für Kurzzeit Parker zur Verfügung gestellt wird. Ferner erkundigt er sich, ob es Zählungen über den Durchgangsverkehr in diesem Bereich gibt.

Herr Lorenz äußert hierzu, dass die Stellplätze im Hinterhof für „Ultra-Kurzzeit-Parker“ völlig ungeeignet seien und dies keine Abhilfemöglichkeit darstelle und es innerhalb eines Radius von 600 Meter fast 2000 Stellplätze gäbe. Zählungen des Durchgangsverkehrs wurden im Rahmen der Erhebungen zum VEP nicht durchgeführt

Herr Seidel wäre ebenfalls mit einer großen politischen Lösung einverstanden, jedoch müsse hier kurzfristig gehandelt werden. Deshalb sind für ihn Poller ein durchaus probates Mittel.

Herr Dr. Lorenz hat in Erinnerung, dass damals bei der Einrichtung der Einbahnstraße eigentlich die Anrainer relativ zufrieden waren, jedoch die Verkehrsteilnehmer eine sofortige Aufhebung forderten. Er könne sich die Einrichtung einer Einbahnstraße durchaus wieder vorstellen.

Herr Zander verweist auf die Vorlage in der die Planungsbeispiele des Verkehrsentwicklungsplans beigefügt sind. Anzumerken sei ferner, dass in der Schützenstraße und Oberen Langgasse bereits ebenfalls Lärm-Hotspots vorhanden sind. Dies müsse in einem Planungsszenario mit berücksichtigt werden.

Herr Czerny wünscht sich eine gemeinsame Lösung und nichts zu machen sei keine Option. Das Thema muss weiter auf die politische Agenda.

Frau Seiler schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass innerhalb der politischen Diskussion deutlich wurde, dass ein ganzheitliches Konzept erarbeitet werden soll. Dies könne nur über die Festlegungen im Rat und der zuständigen Ausschüsse erfolgen.

8. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 08.11.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Abbiegespur Landwehrstraße / Wormser Landstraße; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 08.03.2017

[Vorlage: 2143/2017](#)

Vorstellung des TOP 2 durch Herrn Reimer; Knoten muss im Ganzen wegen Konzept Barrierefreiheit und Radverkehrskonzept nochmals überplant werden. Umbau soll im nächsten 5-Jahresplan des Landes 2018-2023 angemeldet werden.

Herr Lindacher bedankt sich für die Vorstellung der Vorplanung und den Bericht.

Gegenstand: Nonnenbachstraße; Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.10.2017

[Vorlage: 2370/2017](#)

Herr Czerny weist darauf hin, dass es sich hier um eine Anfrage der SPD und nicht um einen Antrag handelt. (In der Präsentation war fälschlicherweise die Anfrage als Antrag formuliert; Fehler wurde in der beigefügten Präsentation von Seiten der Verwaltung korrigiert)

Herr Rudingsdorfer erläutert anhand von Bildern, innerhalb der Präsentation, um welche Grundstücke es sich vorwiegend im Einzelnen handelt.

Herr Reimer erläutert die Historie der Umbaumaßnahme (seit 2008) „Querungsmöglichkeit“ zu den Hafenvillen. Hierzu stellt er anhand der Planung die vorgesehenen Maßnahmen vor. Problem ist immer noch der Eigentumserwerb. Umbau soll im Jahre 2021 vollzogen werden.

Herr Dr. Lorenz merkt hierzu an, ob ein „Provisorium“ denkbar sei. Herr Reimer antwortet hierauf, dass selbst das Provisorium den bau- und verkehrstechnischen Richtlinien entsprechen muss und daher alternative Einbaumöglichkeiten wegen des Straßenprofils nicht möglich ist.

Herr Lindacher regt ebenfalls die Suche nach einem alternativen Standort der Überquerungsmöglichkeit an.

Herr Dr. Moser bedankt sich für die Information der Verwaltung und nimmt das Ergebnis einer zeitlich fixierten Umsetzung erfreut zur Kenntnis.

Herr Seidel begrüßt generell das Vorhaben des Baus einer Überquerungsmöglichkeit und weist auf die Gefährlichkeit beim Queren der Straße hin.

Auch Herr Brandenburger begrüßt die Planung und hält deren Umsetzung für geboten. Damit verbunden sei jedoch die Schließung der Durchfahrt der Nonnenbachstraße. Er erkundigt sich, ob der Pächter des unbefestigten Grundstückes (PPL 1735) gegebenenfalls bewegt werden kann, etwas zu unternehmen, ob die Fläche ordnungsgemäß herzustellen. Auch die Situation um den Spielplatz sei klärungsbedürftig, ob Bestand oder Verzicht von Seiten der Verwaltung geplant ist.

Frau Seiler informiert, dass der Spielplatz aus Sicherheitsgründen bereits in Teilen abgebaut wurde und verweist auf eine entsprechende Stellungnahme von Herrn Schwendy. Es bestehe die Absicht, den Spielplatz wieder zu errichten. Die Maßnahme ist jedoch bisher nach Haushaltsgrundsätzen als abweisbare Maßnahme betrachtet worden und wurde deshalb von der zuständigen Fachabteilung nicht formell gemeldet.

Gegenstand: Errichtung eines Verkehrsspiegels; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 09.10.2017

[Vorlage: 2363/2017](#)

Frau Seiler berichtet über den gemeinsamen Ortstermin unter Anwesenheit von Vertretern des DRK, des Diakonissenkrankenhauses, Herrn Rottmann, der Polizei sowie der Straßenverkehrsbehörde am 26.10.2017. Sie verweist auf die ablehnende Stellungnahme durch Polizei und Straßenverkehrsbehörde.

Herr Dr. Moser begründet den Antrag der CDU-Fraktion und erläutert die aus seiner Sicht gegebene Dringlichkeit der Umsetzung. Der Rettungsdienst wünscht die Anbringung des Verkehrsspiegels und dies werde durch die CDU-Fraktion unterstützt.

Herr Rudingsdorfer gibt hierzu die verkehrsbehördliche Stellungnahme ab und erläutert anhand des Lichtbildmaterials innerhalb der Präsentation. Die Ablehnung der Verwaltung ist innerhalb der Präsentation dargestellt.

Herr Lindacher versteht die Diskussion im Ausschuss nicht, wenn bereits Vertreter der Verwaltung, Polizei und dem Antragsteller ausführlich das Thema erörtert haben und die Verwaltung den Verkehrsspiegel abgelehnt und die Gründe dafür dargelegt hat.

Herr Brandenburger teilt die Auffassung seines Vorredners und schließt sich der Verwaltungsmeinung an. Eine weitere Diskussion sei im Ausschuss entbehrlich.

Herr Hepper ist der Auffassung, dass das Abbiegen von Fahrradfahrern an dieser Stelle gefährlich sei. Das seien seine Erfahrungswerte, denn der Radfahrer stehe beim Abbiegevorgang in der Mitte der Straße.

Herr Czerny wundert sich, dass der Antrag überhaupt im Ausschuss behandelt wird und verweist auf die Verwaltungsentscheidung

Herr Dr. Moser wünscht die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Frau Seiler stellt den Antrag mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung:

3 x Zustimmung

6 x Ablehnung

2 x Enthaltung

Frau Seiler stellt fest, dass damit der CDU-Antrag mehrheitlich abgelehnt ist.

Hierzu merkt Dr. Moser an, dass die CDU-Fraktion dennoch nochmals mit dem DRK ins Gespräch geht.

Gegenstand: Information über den Sachstand Tempo 30

Dieser Tagesordnungspunkt wird von Herrn Rudingsdorfer anhand der Präsentation erläutert und die zu treffenden Maßnahmen vorgestellt. Details können aus der Präsentation entnommen werden.

Herr Lindacher erkundigt sich, ob die Möglichkeit besteht in der Hafestraße ein Verbot für den Schwerlastverkehr auszusprechen.

Frau Seiler verweist auf die Verkehrsbedeutung der Hafestraße/Franz-Kirrmeier-Straße als Kreisstraße und deren Erschließungsfunktion des Gewerbegebietes Ost. Sie sieht aktuell keine Möglichkeit, wird jedoch hierüber ein klärendes Gespräch mit dem Landesbetrieb Mobilität führen.

Anschließend erläutert Herr Rudingsdorfer anhand des Straßenzuges Paul-Egell-Straße (Krankenhaus) die Problematik der Radwegführung bei der Einrichtung von Tempo-30-Bereichen.

Gegenstand: Verschiedenes

Herr Lindacher weist auf die problematische Verkehrsführung an der T-Einmündung Industriestraße/Heinkelstraße, gerade im Bereich des Linksabbiegers von der Industriestraße in die Heinkelstraße hin.

Herr Reimer teilt mit, dass gerade diese T-Einmündung in 2018 umgebaut werden soll um diese Problematik zu beheben.

Herr Czerny fragt an wann in der Burgstraße die Radwegebenutzungspflicht auf der östlichen Seite aufgehoben wird, da dieser Radweg viel zu eng bemessen ist.

Herr Rudingsdorfer teilt daraufhin mit, dass wir bereits bei TOP 5 mitgeteilt, mit dem Umbau der Brücke Obere Langgasse die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht in der Burgstraße umgesetzt werden soll.

Herr Seidel weist auf die aus seiner Sicht bestehende Geschwindigkeits- und Parksituation in der Großen Himmelsgasse hin. Vor allem die Parksituation sei unbefriedigend, da sich niemand an das Parkverbot halten würde, da das vorhandene Parkkonzept nicht zu erkennen sei.

Frau Seiler teilt mit dass bereits von Seiten der Stadt Speyer das Dialog Display aufgestellt wurde und sich die Stadt Speyer grundsätzlich mit der Diskussion „Übernahme der Überwachung des fließenden Verkehrs“ beschäftigen muss. Bei der Gestaltung der Großen Himmelsgasse und der Parkkonzeption weist Frau Seiler hin, dass dies von Seiten der Stadtplanung so fixiert wurde und von Seiten der Straßenverkehrsbehörde sehr intensiv in der täglichen Überwachung bestreift wird. Aber auch von Seiten der Straßenverkehrsbehörde wird die Problematik hinsichtlich der Parkkonzeption und der Erkennbarkeit und Akzeptanz erkannt.

Herr Seidel weist abschließend noch auf die aus seiner Sicht zu hoch hängende Beschilderung im Bereich der Großen Greifengasse hin, welche auf den gegenläufigen Radverkehr hinweist.

Herr Rudingsdorfer informiert, dass gerade im Bereich der Einmündung Große Greifengasse / Johannesstraße nochmals nachgebessert werden soll um den aus der Großen Greifengasse ausfahrenden Verkehrsteilnehmer etwas weiter nach rechts zu drücken umso ein größeres Sichtdreieck auf den gegenläufigen Radverkehr zu schaffen. Weiterhin sagt er die Überprüfung der Aufbauhöhe der dortigen Verkehrszeichen zu.

Herr Czerny fragt an ob die Verwaltung weitere Beschwerden / Anregungen zur erneuerten Einmündung Bahnhofstraße/Hirschgraben und deren Radwegführung erhalten hat?

Frau Seiler teilt mit, dass auf Seiten der Straßenverkehrsbehörde und auch Tiefbauabteilung keine weiteren Beschwerden / Anregungen eingegangen sind.

Herr Emes weist ebenfalls auf die auch aus seiner Sicht zu hoch hängende Verkehrsbeschilderung an der Einmündung Große Greifengasse / Johannesstraße hin, welche auf den gegenläufigen Radverkehr hinweist. Er fragt an ob nicht das Zusatzzeichen „Radfahrer kreuzen von rechts und links“ weiter nach unten gehängt werden könnte, ggfls. unter das Verkehrszeichen Vorfahrt gewähren.

Herr Rudingsdorfer erläutert, dass das Zusatzzeichen „Radfahrer kreuzen von rechts und links“ das Einzige Zusatzzeichen in der Straßenverkehrsordnung ist, welches oberhalb des Verkehrszeichens „Vorfahrt gewähren“ aufgehängt werden muss. Ein Anbringen an anderer Stelle wie z.B. darunter oder daneben entspreche nicht der Straßenverkehrsordnung.

Herr Dr. Moser bittet am Ende der Sitzung, das doch bitte alle Textbeiträge ins Protokoll mit aufgenommen werden sollen.

Abschließend bedankt sich die Vorsitzende für die rege Diskussion sowie Mitarbeit und beendet die Sitzung gegen 19:15 Uhr.

8. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 08.11.2017



8. Sitzung des Verkehrsausschusses 08.11.2017 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!